



Junge Perspektiven auf die Finanzierung der Transformation

Begleitpublikation zur Veranstaltungsreihe
„Die Zukunft redet mit!“

Impressum

© Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Juni 2025

Herausgeber

Bertelsmann Stiftung

Carl-Bertelsmann-Straße 256

33311 Gütersloh

Telefon +49 5241 81-0

www.bertelsmann-stiftung.de

Autor:innen

Carolina Ortega Guttack, Carl Mühlbach,

Marina Guldemann

Fritz Putzhammer, Sandra Zillinger

Verantwortlich

Fritz Putzhammer

Sandra Zillinger

Lektorat

Rudolf Jan Gajdacz, München

Grafikdesign

Nicole Meyerholz, Bielefeld

Bildnachweise

Jasper Grossmann, Hamburg

Der **Text** dieser Publikation ist lizenziert unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International (CC BY 4.0) Lizenz. Den vollständigen Lizenztext finden Sie unter: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode.de>



Davon ausgenommen sind alle **Fotos** und **Logos**, sie unterfallen nicht der oben genannten CC-Lizenz und dürfen nicht verwendet werden.

Bevorzugte Zitierweise

Carolina Ortega Guttack, Carl Mühlbach, Marina Guldemann, Fritz Putzhammer und Sandra Zillinger (2025): Junge Perspektiven auf die Finanzierung der Transformation – Begleitpublikation zur Veranstaltungsreihe „Die Zukunft redet mit!“. Hrsg. Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

DOI 10.11586/2025027

Junge Perspektiven auf die Finanzierung der Transformation

Begleitpublikation zur Veranstaltungsreihe „Die Zukunft redet mit!“

Carolina Ortega Guttack, Carl Mühlbach, Marina Guldemann, Fritz Putzhammer, Sandra Zillinger

Ein Projekt der Bertelsmann Stiftung, durchgeführt von FiscalFuture

FISCAL
FUTURE

gen
now

| BertelsmannStiftung

Inhalt

Einleitung	5
Kurze Vorstellung der Eventreihe „Die Zukunft redet mit!“	7
Wissenschaftlicher Konsens: Massive öffentliche Investitionsbedarfe	8
Die Ursachen und Folgen des Investitionsstaus	11
Wie können die benötigten Investitionen finanziert werden?	13
Sind schuldenfinanzierte Investitionen ökonomisch sinnvoll und generationengerecht?	14
Ist eine Reform der Schuldenbremse folglich sinnvoll?	16
Wie geht es jetzt weiter mit der Schuldenbremse?	18
EXKURS Welche Rolle spielt die EU für die Transformation in Deutschland?	21
Fazit: Junge Menschen als Schlüssel für eine zukunftsfähige Finanzpolitik	23
Literatur	24

Einleitung

Die vergangene Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP ist an der Finanzierungsfrage gescheitert. Seitdem gibt es eine neue Dringlichkeit dafür, die Frage nach einer zukunftsfähigen Wirtschafts- und Finanzpolitik zu klären. Bei der Bundestagswahl waren die wirtschaftlichen Sorgen vieler Menschen entscheidend. 83 % der Befragten Wähler bewerten die gesamtwirtschaftliche Lage als schlecht. Das ist ein starker Anstieg im Vergleich zur vorherigen Bundestagswahl 2021, als es noch 39 % waren.

Unabhängig vom Ergebnis der Wahl war klar, dass sich die neue Bundesregierung erneut mit der Finanzierungsfrage beschäftigen muss. Im März 2025 haben die Bundestagsfraktionen der Union, SPD und von Bündnis 90/Die Grünen noch vor der Konstituierung des neuen Bundestags ein umfassendes Finanzpaket verabschiedet:

- (1) **Verteidigungsausgaben**, die 1 % des BIP überschreiten, fallen in Zukunft nicht mehr in den Geltungsbereich der grundgesetzlichen Schuldenbremse.
- (2) Es soll ein **Sondervermögen** in Höhe von 500 Mrd. Euro für Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz geschaffen werden.
- (3) Die Schuldenbremse wird für die **Bundesländer** gelockert und erlaubt analog zum Bund eine strukturelle Neuverschuldung von 0,35 % des BIP pro Jahr.

Außerdem soll eine **Expertenkommission** eingesetzt werden, die einen Vorschlag für eine **Modernisierung der Schuldenbremse** entwickelt, die dauerhaft zusätzliche Investitionen ermöglicht.

Am 6. März 2025 forderte Deutschland beim EU-Verteidigungsgipfel in Brüssel die Ausnahme von Verteidigungsausgaben aus den europäischen Fiskalregeln. Viele Mitgliedstaaten waren positiv überrascht. Jahrelang hatte Deutschland höhere Schulden abgelehnt und sich mit Christian Lindner als Finanzminister für strengere Fiskalregeln eingesetzt. Häufig wurde der selbst auferlegte Sparkurs mit dem Argument der Generationengerechtigkeit begründet. Daher stellt sich nun die Frage, wie diese 180-Grad-Drehung der deutschen Finanzpolitik aus der Perspektive junger Menschen zu bewerten ist.

Klar ist: Die Wirtschafts- und Finanzpolitik sind zukunftsentscheidend. Junge Menschen haben allerdings kaum Zugänge zu wirtschafts- und finanzpolitischen Themen. Viele politische Entscheidungen in diesen Bereichen werden zwar parteiübergreifend mit dem Argument der Generationengerechtigkeit begründet, doch junge Stimmen bleiben dabei oft ungehört. Dabei ist klar, dass Generationengerechtigkeit ein normatives Leitprinzip ist, das unterschiedliche Bewertungen und Auslegungen zulässt.

Durch den demographischen Wandel ist die Stimme junger Menschen in der Politik weniger präsent. Bei der Bundestagswahl 2025 waren lediglich 14,5 % der Wahlberechtigten unter 30 Jahre alt, während 40,3 % über 60 Jahre alt waren. Gleichzeitig stehen die jüngeren Generationen vor großen Herausforderungen: Der Renteneintritt der sogenannten Babyboomer verstärkt den Fachkräftemangel und erhöht den



Junge Teilnehmer:innen im Publikum



Thieß Petersen (Bertelsmann Stiftung) vor Publikum

Druck auf die Sozial- und Pflegesysteme, was voraussichtlich zu steigenden Sozialabgaben führen wird. Zusammen mit der ungeklärten Frage der eigenen Rentensituation lösen diese Entwicklungen bei vielen jungen Menschen ein Gefühl der Perspektivlosigkeit aus. Infolgedessen gewinnen extreme und plakativ formulierte Positionen an Attraktivität, da sie vermeintlich einfache Lösungen bieten. Dies führt dazu, dass immer mehr junge Menschen das Vertrauen in die Parteien der Mitte verlieren. Sowohl bei der EU-Wahl als auch bei den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg lag der Anteil der AfD-Wähler:innen bei den 16- bis 24-Jährigen über dem Durchschnitt in der Bevölkerung.¹ Bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 lagen bei den 18- bis 24-Jährigen Die Linke und die AfD vorne. Laut der Trendstudie „Jugend in Deutschland“ (Schnitzer, Hampel und Hurrelmann 2024) liegen dahinter meist Faktoren wie Zukunftsängste, Kontrollverlust und ökonomische Unsicherheit. In einer anderen Studie kommen Tobias Bürger und Sandra Zillinger von der Bertelsmann Stiftung zu dem Ergebnis: „Junge Menschen wollen die Wirtschaft besser verstehen“ (Bürger et al. 2024), doch es fehlt an entsprechenden Formaten und einer zielgruppenspezifischen Ansprache. Laut der Studie sagen 63 % der Befragten, dass die Interessen junger Menschen im Bereich Wirtschaft von der Politik nicht ausreichend berücksichtigt werden. Eine nachhaltige politische Gestaltung erfordert, dass die Interessen junger Generationen angemessen berücksichtigt werden, um Frustration und politische Polarisierung zu vermeiden.

In der Veranstaltungsreihe „Die Zukunft redet mit!“ der Bertelsmann Stiftung zur Wirtschafts- und Finanzpolitik (durchgeführt von FiscalFuture) stehen deshalb die Perspektiven junger Menschen im Zentrum: Was beschäftigt und interessiert junge Menschen in Bezug auf diese Themen? Was wünschen sie sich? Und welche Forderungen stellen sie, wenn sie die Gelegenheit bekommen, sich mit Expert:innen aus Politik und Wissenschaft auszutauschen? Die Veranstaltungen zeigen: Junge Menschen wollen ernst genommen werden, ihre Perspektiven teilen und sich an der wirtschafts- und finanzpolitischen Debatte beteiligen. Sie verdienen eine aktive Finanzpolitik, die ihre Lebensgrundlagen und ihre Zukunft absichert.

1 Bei den Wahlen in Sachsen wählten 31 % der 18- bis 24-Jährigen die AfD, was einem Anstieg von 11 Prozentpunkten im Vergleich zur Wahl 2019 entspricht. Die Grünen verloren in dieser Altersgruppe 12 Prozentpunkte und erhielten nur noch 5,7 % der Stimmen. In Thüringen entschieden sich sogar 38 % der jungen Wähler:innen für die AfD, was einem Zuwachs von 16 Prozentpunkten entspricht. Die Grünen verloren ebenfalls, mit einem Rückgang von 8 Prozentpunkten (RND). Auch in Brandenburg erhielt die AfD unter den 16- bis 24-Jährigen 32 % der Stimmen, was sie zur beliebtesten Partei in dieser Altersgruppe macht (ZEIT ONLINE).

Kurze Vorstellung der Eventreihe „Die Zukunft redet mit!“

In vier Abendveranstaltungen in Berlin mit jeweils rund 100 Teilnehmer:innen² haben wir uns mit der Frage nach der Finanzierung der Transformation beschäftigt. Dabei haben wir interessierte junge Menschen mit Expert:innen aus Politik und Wissenschaft zusammengebracht. Im Rahmen der einzelnen Veranstaltungen haben wir generationenübergreifende Konzepte und Lösungen für die Finanzierung der Transformation diskutiert und dabei das gegenseitige Verständnis gestärkt ([mehr Informationen zu der Eventreihe und den einzelnen Veranstaltungen sowie die Links zu den Aufnahmen der Veranstaltungen in voller Länge](#)). Wir haben die Diskussionen dokumentiert und fassen die Eindrücke und Interessenschwerpunkte der jungen Teilnehmer:innen im Folgenden zusammen.

Tabelle 1 | Übersicht der vier Abendveranstaltungen mit unterschiedlichen Schwerpunkten

„[Die Zukunft redet mit – kann der Staat Transformation?](#)“ am 14.05.24

„[Die Zukunft redet mit – Finanzpolitik Europäisch Denken!](#)“ am 12.06.24

„[Die Zukunft redet mit – zu nachhaltigen Staatsfinanzen](#)“ am 11.09.24

„[Die Zukunft redet mit – Transformation gemeinsam gestalten](#)“ am 09.10.24

² Die Teilnehmer:innen waren im Durchschnitt zu drei Vierteln unter 30 Jahre alt, bereits politisch interessiert oder engagiert und haben teilweise auch an mehreren Abendveranstaltungen teilgenommen. Die vorliegende Publikation erhebt keinen Anspruch auf Repräsentativität. Das heißt, die Ergebnisse können nicht verallgemeinert oder auf die Gesamtheit junger Menschen in Deutschland übertragen werden. Viel eher werden die Eindrücke aus dem Austausch zwischen den jungen Teilnehmer:innen und Gästen dokumentiert und in aktuelle finanzpolitische Diskussionen eingebettet.



Markus Kasseckert (Bund der Steuerzahler e. V.), Julia Jirmann (Netzwerk Steuergerechtigkeit) und Carl Mühlbach (FiscalFuture) im Austausch



Julia Jirmann (Netzwerk Steuergerechtigkeit), Markus Kasseckert (Bund der Steuerzahler e. V.) und Marina Guldemann (FiscalFuture) als Moderatorin auf dem Panel vor Publikum

ler-Stiftung und das arbeitgebernahe Institut der deutschen Wirtschaft (IW) den zusätzlichen öffentlichen Investitionsbedarf in die Infrastruktur und die Wirtschaft auf 600 Mrd. Euro für die nächsten zehn Jahre (Dullien et al. 2024).³ Laut Dezernat Zukunft (DZ) liegt der zusätzliche öffentliche Investitionsbedarf sogar bei 782 Mrd. Euro bis 2030. Das entspricht ca. 3 % des BIP pro Jahr. Der Bund der Deutschen Industrie (BDI) beziffert den gesamten Investitionsbedarf im gleichen Zeitraum auf insgesamt 1,4 Billionen Euro – wovon zwei Drittel auf private Akteure entfallen und ein Drittel auf die öffentliche Hand. Der „Megatrend-Report #6: Staatsfinanzen im Fokus“ der Bertelsmann Stiftung (BSt) (Petersen et al. 2024) zu öffentlichen Mehr- und Nachholbedarfen für Investitionen und entsprechende Anreize kommt auf insgesamt mehr als 100 Mrd. Euro jährlich. Die verschiedenen Schätzungen zu den öffentlichen Finanzierungsbedarfen decken zwar teilweise unterschiedliche Bereiche ab,⁴ doch insgesamt liegen die Ergebnisse sehr nah beieinander (Abbildung 2).⁵

Auch auf unserem Panel waren sich Philippa-Sigl Glöckner (Gründerin und Geschäftsführerin des Dezernats Zukunft) und Klaus Günter Deutsch (Abteilungsleiter Research, Industrie- und Wirtschaftspolitik beim BDI) einig. Wissenschaftlicher Konsens ist: Es braucht deutlich mehr öffentliche Investitionen, um Deutschland zu transformieren und zu modernisieren.

Der größte Teil des Investitionsstaus liegt bei den Kommunen, v. a. bei Schulen und Straßen (Raffer und Scheller 2024). Das betonten auch zahlreiche junge Veranstaltungsteilnehmer:innen, die selbst lokal in der Politik engagiert sind und daher die kommunale Ebene besonders im Blick haben. Gleichzeitig liegen viele jugendbezogene Ausgaben, z. B. im Bildungsbereich, bei den Ländern und Kommunen. Schon seit Jahren steigt der kommunale Investitionsstau immer weiter an. Laut KfW Kommunalpanel 2024 (Raffer und Scheller 2024) ist der kommunale Investitionsrückstand binnen eines Jahres um 12 % auf 186,1 Mrd. Euro gestiegen. Um den Interessen junger Menschen gerecht zu werden, ist es dringend erforderlich, diese Investitionsbedarfe zu decken.

- 3 Die Summenunterschiede ergeben sich in erster Linie aus unterschiedlichen Abdeckungen. Im Vergleich zur Studie des Dezernats Zukunft berücksichtigen das IMK und das IW beispielsweise auch Ausgaben für kommunale Infrastruktur, während Ausgaben für Resilienz und andere Bereiche nicht berücksichtigt werden.
- 4 Im Vergleich zum BDI berücksichtigt das Dezernat Zukunft beispielsweise auch Einschätzungen zu den Bedarfen im Bereich Verteidigung oder zu neuen Betriebskosten. Insgesamt betrachtet das Dezernat Zukunft die meisten Bereiche und schätzt daher auch den größten Investitionsbedarf.
- 5 Dabei spiegelt Abbildung 2 nicht alle geschätzten öffentlichen Investitionsbedarfe wider, sondern gibt einen Überblick über die wichtigsten Aspekte.

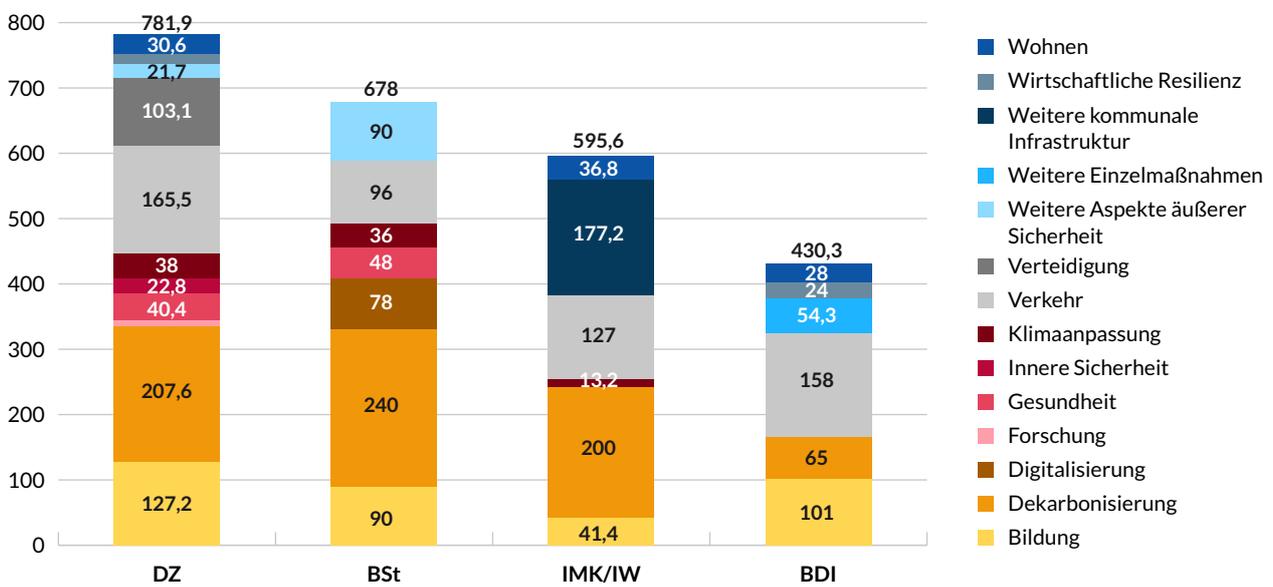


François Delattre (Französischer Botschafter), Nils Redeker (Jacques Delors Centre) und Carl Mühlbach (FiscalFuture) im Austausch



Junge Teilnehmer:innen diskutieren an den inhaltlichen Stationen

Abbildung 2 | Vergleich der öffentlichen Bedarfsschätzungen nach Bereichen*** (zusätzliche Kosten in Milliarden)



* Die Grafik ermöglicht keinen exakten Vergleich zwischen den Gesamtwerten der Studien, da diese nicht identische und genau vergleichbare Bereiche betrachten. Grundsätzlich werden aber die wichtigsten Bereiche mit öffentlichem Investitionsbedarf wie Bildung, Dekarbonisierung und Verkehr von den verschiedenen Studien in ähnlichem Maße abgedeckt.

** Zu beachten sind auch die unterschiedlichen Zeithorizonte der Studien. So bezieht sich das Dezernat Zukunft auf den Zeitraum bis 2030, während sich die Studien des IMK/IW und des BDI auf einen Bedarfszeitraum von zehn Jahren beziehen. Die Bertelsmann Stiftung hingegen nennt den jährlichen Bedarf bzw. Investitionsstau insgesamt. Auch diese Unterschiede widersprechen keinem grundsätzlichen Konsens in der Bedarfsschätzung, da es sich zu einem großen Teil um Nachholbedarfe handelt, die über unterschiedliche Zeiträume abgebaut werden können. Zudem gibt die Studie der Bertelsmann Stiftung selbst keinen eigenen Gesamtwert für die Bedarfe an. Es wurden daher die Bereiche ausgewählt und zusammengefasst, die für den Vergleich mit den anderen Studien am sinnvollsten erschienen. Bei Bedarfsspannen wurde jeweils der niedrigste Wert berücksichtigt.

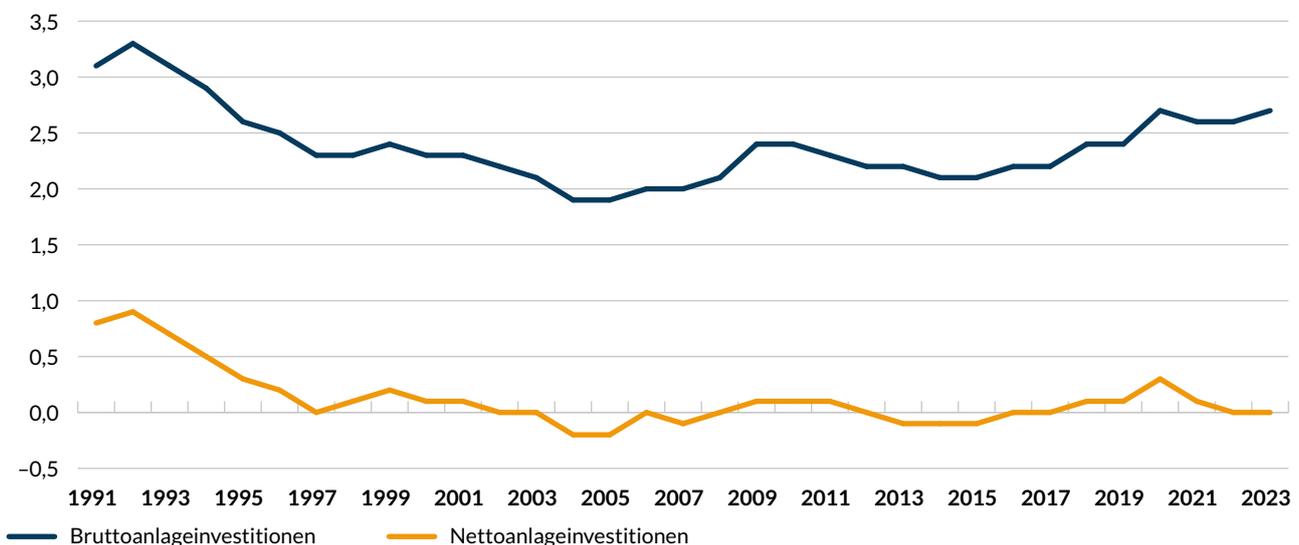
Quelle: Eigene Darstellung.

Die Ursachen und Folgen des Investitionsstaus

Nicht nur bei der Höhe der Investitionsbedarfe, sondern auch bei den Ursachen des hohen Investitionsstaus sind sich die Autor:innen der oben genannten Studien weitestgehend einig: In den letzten 30 Jahren wurden wichtige Investitionen verschleppt, dabei waren die finanzpolitischen Rahmenbedingungen eigentlich gut. Haushaltsüberschüsse und verhältnismäßig günstige Refinanzierungskosten⁶ wurden jedoch nicht genutzt. Seit 1997 lagen die Nettoanlageinvestitionen in Deutschland nahe null und in vielen Jahren auch im negativen Bereich (Abbildung 3).

Das heißt, dass der Wertverfall der Infrastruktur (Abschreibungen) die Investitionen überstieg. Von den niedrigen, teilweise negativen Nettoinvestitionen sind v. a. die Gemeinden in Deutschland betroffen (Abbildung 4). Deutschland lebt von der Substanz und investiert zu wenig. Auch bei den Bruttoinvestitionen im öffentlichen Sektor bildete Deutschland seit Mitte der 1990er-Jahre im Vergleich zu anderen Ländern aus der EU oder OECD ein Schlusslicht ([IMF, Dany-Knedlik, Kriwoluzky und Rieth 2025](#)).

Abbildung 3 | Entwicklung des Anteils der staatlichen Brutto- und Nettoanlageinvestitionen am BIP in Deutschland zwischen 1991 und 2023 (Angaben in Prozent)

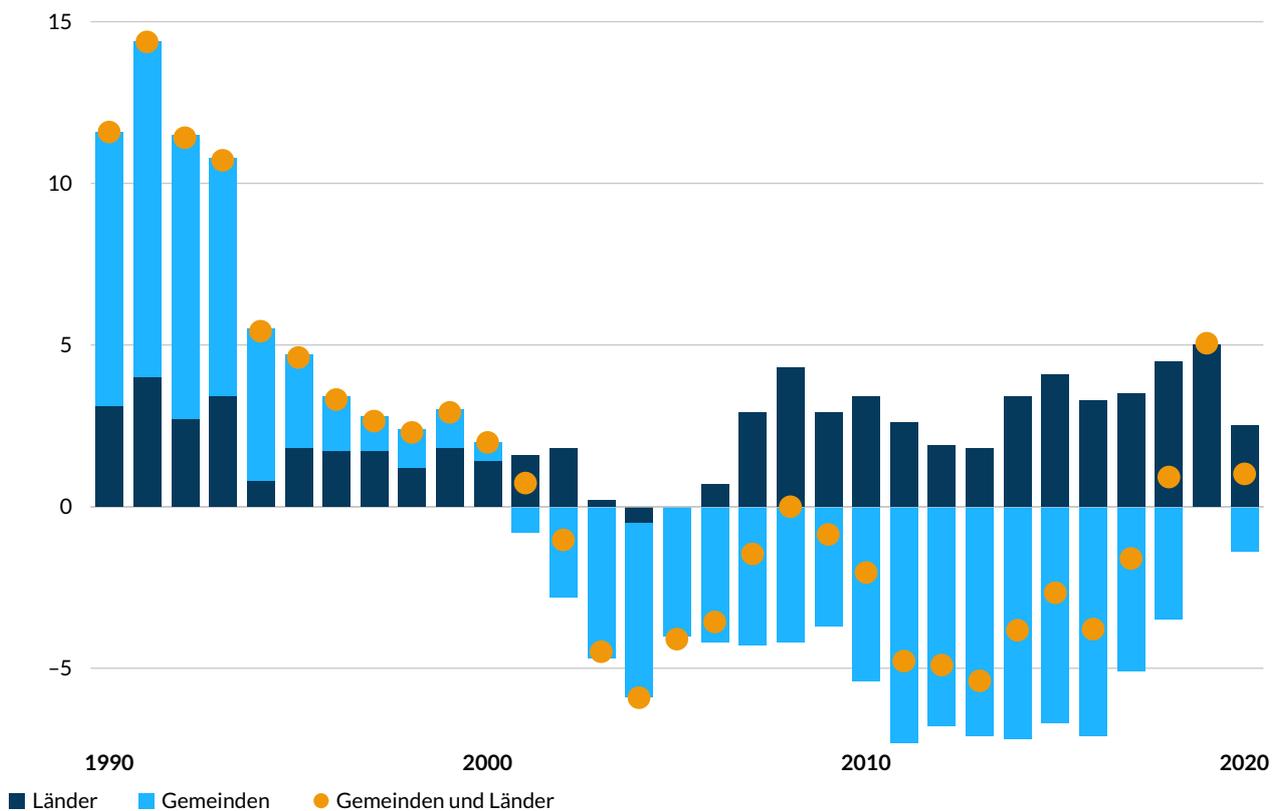


Quelle: Petersen et al. 2024, S. 22.

| BertelsmannStiftung

⁶ Als Reaktion auf die Finanzkrise 2008/09 senkte die Europäische Zentralbank (EZB) den Leitzins stark ab. Von März 2016 bis Juli 2022 verhartete der Leitzins auf Nullzinsniveau. Das sorgte auch für niedrige Refinanzierungskosten für die Mitgliedstaaten, die sich dadurch quasi kostenlos Geld leihen konnten.

Abbildung 4 | Nettoinvestitionen von Gemeinden und Ländern (in Milliarden Euro)



Quelle: Mühlenweg und Krahe 2023, Abbildung 3.

| BertelsmannStiftung

„Wir drohen, uns immer tiefer und tiefer in die Krise hineinzusparen.“ (Yasmin Fahimi, Bundesvorsitzende DGB)

Die Vernachlässigung von Investitionen in den vergangenen Jahren ist ein Grund für die gegenwärtige wirtschaftliche Stagnation und Wachstumsschwäche des Landes. Seit der Coronapandemie kommt die deutsche Wirtschaft nur langsam in Gang. Die OECD prognostiziert, dass Deutschland 2025 das schwächste Wirtschaftswachstum unter den Industrieländern haben wird. Im globalen Wettbewerbsfähigkeitsindex (World Competitive Index) ist Deutschland innerhalb von zehn Jahren vom sechsten auf den 24. Platz zurückgefallen.

Die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands wird maßgeblich durch Faktoren wie die Qualität seiner Infrastruktur, die Verfügbarkeit von Fachkräften und die Leistungsfähigkeit seines Bildungssystems be-

stimmt. Defizite in diesen Bereichen hemmen Innovationen und verursachen hohe Folgekosten, die langfristig die Produktivität und Investitionsbereitschaft in Deutschland schwächen. Die Panelistin Katharina Beck (MdB, finanzpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag) wies darauf hin, dass diese Faktoren in aktuellen Indizes wirtschaftsnaher Institutionen ein weit höheres Gewicht haben als z. B. Unternehmenssteuern, die oft im Zentrum wirtschaftspolitischer Debatten stehen. Dass die Wettbewerbsfähigkeit allein über Steuersenkungen für Unternehmen gestärkt werden kann, sei also ein Mythos.

Die Panelistin Ricarda Lang (ehem. Parteivorsitzende Bündnis 90/Die Grünen) fasste zusammen: „Ob Deutschland in der Lage sein wird, seine Finanzpolitik an die Rahmenbedingungen und Notwendigkeiten im 21. Jahrhundert auszurichten, entscheidet darüber, ob es in Zukunft am internationalen Wettrennen mitrennen oder am Seitenrand stehen wird.“

Wie können die benötigten Investitionen finanziert werden?

Die hohen Investitionsbedarfe werden allgemein anerkannt. Doch die Frage, wie die benötigten Investitionen finanziert werden sollen, bleibt offen. Grundsätzlich gibt es drei Möglichkeiten, wie der Staat zusätzliche finanzielle Spielräume schaffen kann: Mehreinnahmen, Ausgabensenkungen oder Verschuldung.

Bei Debatten über eine Steigerung des Steueraufkommens wird oft über die Besteuerung von Vermögen gesprochen. Dies liegt daran, dass Vermögen (seinkünfte) in Deutschland im internationalen Vergleich sehr niedrig besteuert werden. Das Aufkommen aus vermögensbezogenen Steuern am Gesamteinkommen beträgt in Deutschland 3,1 % und liegt damit unter dem Durchschnitt der 38 OECD-Mitgliedstaaten von 5,6 % (OECD). Abseits von einer möglichen Erhöhung vermögensbezogener Steuern: In Bezug auf das Steuersystem in seiner Gesamtheit gibt es kaum politische Parteien, die in ihren Wahlprogrammen ein Erhöhen des Steueraufkommens vorgeschlagen haben. Berechnungen des [IW](#) für die ARD sehen alle Wahlprogramme für die Bundestagswahl 2025 unterm Strich sogar deutliche Steuersenkungen vor.⁷

Der Anteil frei verfügbarer bzw. zumindest kurzfristig beeinflussbarer Ausgaben im Bundeshaushalt ist sehr gering. Nur ungefähr 10 % des gesamten Haushaltsvolumens sind nicht aufgrund rechtlicher Vorgaben, Personalausgaben oder anderer Verpflichtungen fest gebunden. Bisher bestehende Einsparpotenziale wurden bereits durch die Ampelkoalition gehoben, und weitere Kürzungen scheinen schwierig. Befürworter:innen von Kürzungen verweisen gerne auf Beispiele staatlicher Geldverschwendung. So führt

z. B. das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler Deutschland Projekte auf, „die schief laufen, chaotisch geplant werden, die teurer werden oder schon von Anfang an überflüssig sind“. Diese Fälle summieren sich jedoch auf haushaltspolitisch irrelevante Beträge auf. Trotz intensiver Verhandlungen haben die Regierungsentwürfe der Bundeshaushalte 2024 und 2025 gezeigt, dass ohne große strukturelle Reformen nur sehr geringe Kürzungen möglich sind.

Als weitere mögliche Quelle für Einsparungen werden häufig die Sozialausgaben genannt, die den größten Posten im Bundeshaushalt darstellen (223 Mrd. Euro von knapp 475 Mrd. Euro im Haushaltsjahr 2024). Doch im Vergleich zum preisbereinigten Wachstum, relativ zur Wirtschaftsleistung und auch relativ zu den Ausgaben in anderen vergleichbaren Staaten, ist das Wachstum der realen öffentlichen Sozialausgaben in Deutschland in den vergangenen 20 Jahren unauffällig ([Dullien und Rietzler 2024](#)).

Die Präsentation der Studien und weitere Vorträge im Rahmen unserer Veranstaltungsreihe zeigten auf: Die benötigten Investitionen können nicht allein durch Steuererhöhungen und Ausgabensenkungen gegenfinanziert werden. Auch Thieß Petersen von der Bertelsmann Stiftung stellte klar: „Die Transformation verlangt hohe Ausgaben, auch vom Staat, die nicht alleine durch Ausgabenkürzungen und Einnahmensteigerungen finanziert werden können. Schulden sollten daher in der Transformationsphase kein Tabu sein.“

7 CDU/CSU: -89 Mrd. Euro, SPD: -30 Mrd. Euro, Grüne: -48 Mrd. Euro, FDP: -138 Mrd. Euro, AfD: -149 Mrd. Euro

Sind schuldenfinanzierte Investitionen ökonomisch sinnvoll und generationengerecht?

Generationengerechtigkeit ist ein normatives Leitprinzip, das unterschiedliche Bewertungen und Auslegungen zulässt. In der finanzpolitischen Debatte stehen sich zwei gegensätzliche Auslegungen gegenüber: Im luftleeren Raum werden Schulden oft als Belastung wahrgenommen. Demnach seien Einsparungen die wichtigste Voraussetzung, um finanzpolitische Generationengerechtigkeit zu gewährleisten. Der Großteil junger Menschen findet stattdessen Investitionen ausschlaggebend für eine generationengerechte Finanzpolitik. Ausbleibende Investitionen werden als weit größere Zukunftslast betrachtet.

Künftige Generationen profitieren von Investitionen. Daher ist es aus ökonomischer Sicht legitim, sie in deren Finanzierung einzubinden. Für viele Investitionen gilt: Eine Finanzierung der erforderlichen Ausgaben wäre ohne Aufnahme von Schulden schlichtweg nicht möglich. Denn in diesem Fall müsste die aktuell arbeitende Generation nicht nur den Investitionsstau der vergangenen Jahrzehnte bezahlen, sondern gleichzeitig die Finanzierung der Transformation – einer historisch einmaligen Aufgabe – stemmen.

Von der fehlenden Finanzierungssicherheit für öffentliche Investitionen sind insbesondere zukünftige Generationen betroffen. Die jungen Teilnehmer:innen der Abendveranstaltungen machen sich deutlich größere Sorgen über den Investitionsstau als über die Höhe der Staatsverschuldung. Die aktuellen Schuldenregeln bilden dies jedoch nicht ab. Katharina Beck (MdB, finanzpolitische Sprecherin von Bündnis 90/ Die Grünen im Bundestag) stellte klar: „Wenn wir Schulden aufnehmen, um zu investieren, steht diesen Schulden auch ein Mehrwert gegenüber. Aus öko-

nomischer Sicht ist es der Generationengerechtigkeit zuträglich, Schulden aufzunehmen, um die Transformation zu finanzieren.“

Gegner:innen einer Ausweitung öffentlicher schuldenfinanzierter Investitionen argumentieren oft damit, dass die benötigten Investitionen eher von Unternehmen als vom Staat getätigt werden sollten. Dabei ergänzen sich öffentliche und private Investitionen, statt in Konkurrenz zueinander zu stehen. Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) zeigt, dass jeder Euro an öffentlichen Investitionen im Durchschnitt anderthalb Euro zusätzliche private Investitionen bewirkt (Clemens, George und Michelsen 2019). Dieser Multiplikatoreffekt verdeutlicht, dass öffentliche Investitionen als Triebkraft für privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit fungieren. In einer weiteren Studie kommt das DIW zu dem Ergebnis, dass für jeden öffentlich investierten Euro etwas mehr als zwei Euro Wertschöpfung entstehen, denn es ergeben sich auch positive Effekte auf Wirtschaftsleistung und Steuereinnahmen (Dany-Knedlik, Kriwoluzky und Rieth 2025).

Sollten öffentliche Investitionen mit privaten Mitteln finanziert werden? Private Investor:innen haben in der Regel höhere Finanzierungskosten als Bund und Länder und müssen zudem Renditen erwirtschaften. Abbildung 5 zeigt die Finanzierungskosten von Infrastrukturprojekten. Der Bund hat, gefolgt von den Ländern und der KfW, im Vergleich zu privaten Infrastrukturfonds stets die niedrigsten Finanzierungskosten. „Öffentliche Aufgaben lassen sich also ceteris paribus am günstigsten durch den Staat selbst finanzieren“ (Schuster et al. 2024, S. 8). Dieser Kos-



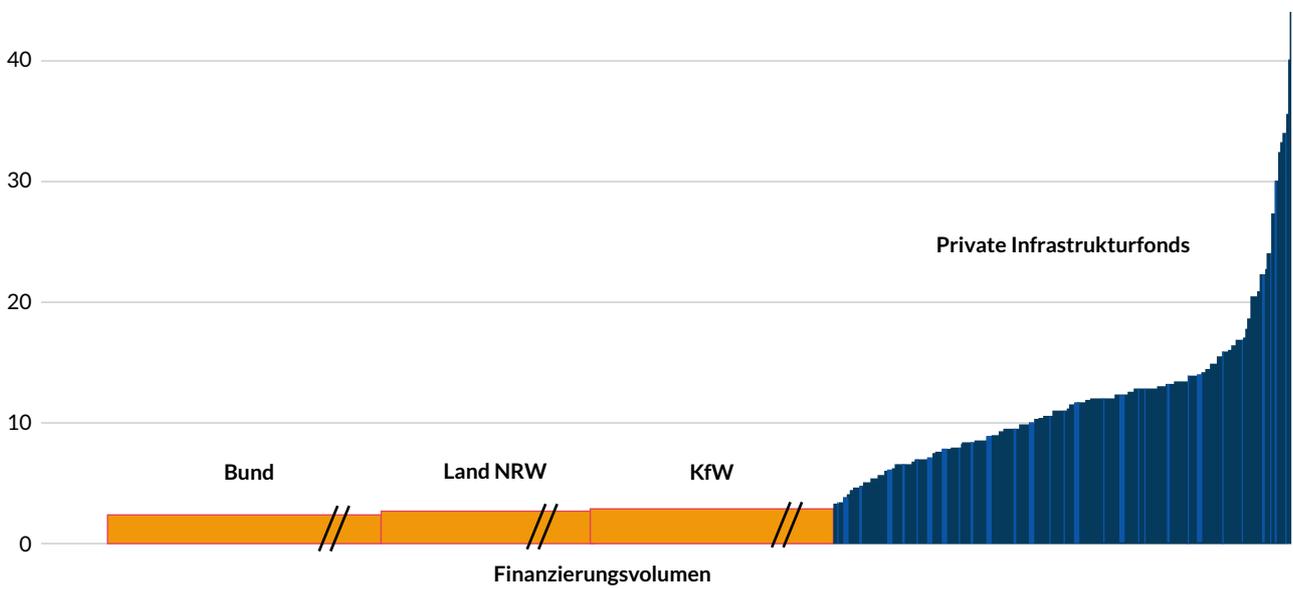
Thomas Losse-Müller (Stiftung Klimaneutralität)

links: Ricarda Lang (Bündnis 90/Die Grünen)
rechts: Ralph Brinkhaus (CDU)

Yasmin Fahimi (DGB)

Lars Klingbeil (SPD)

Abbildung 5 | Die Merit Order der Finanzierungskosten (in Prozent)



Quelle: Schuster et al. 2024, S. 9.

BertelsmannStiftung

tenvorteil öffentlicher Finanzierung gegenüber privaten Mitteln sollte genutzt werden. Viele der jungen Teilnehmer:innen bewerteten diese Erkenntnis aus den Vorträgen der Veranstaltung als besonders interessant und hilfreich.

Ist eine Reform der Schuldenbremse folglich sinnvoll?

Das junge Publikum unserer Veranstaltungsreihe ist sich einig: Eine Schuldenaufnahme zur Finanzierung notwendiger Investitionen ist legitim und sinnvoll. Doch die Schuldenbremse ist in ihrer bisherigen Form blind gegenüber dieser Logik. Sie blendet die Folgekosten des Investitionsstaus aus.⁸ Wenn zentrale Investitionen aufgrund einer Schuldenregel verschleppt werden, bewahrt diese Schuldenregel zukünftige Generationen nicht vor hohen Kosten verschleppter Investitionen. Die Schuldenbremse hat sich in ihrer bisherigen Form als Investitionsbremse entpuppt. Damit ist sie nicht nur ökonomisch kontraintuitiv, sondern behindert Generationengerechtigkeit. Ist eine Reform der Schuldenbremse folglich sinnvoll?

Das verbreitetste Maß für die „Nachhaltigkeit von Staatsfinanzen“ bzw. Schuldentragfähigkeit ist die Staatsschuldenquote (kurz: Schuldenquote). Sie setzt die Höhe der Staatsschulden ins Verhältnis zur Wirtschaftsleistung bzw. zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Im internationalen Vergleich weist Deutschland 2025 eine niedrige Schuldenquote von knapp 63 % des BIP auf. Finanzielle Spielräume für zusätzliche Investitionen sind damit vorhanden. Schuldenfinanzierte Investitionen gefährden die Tragfähigkeit der deutschen Staatsfinanzen nicht, sondern unterstützen diese eher. Die Tragfähigkeit von Staatsfinanzen hängt nicht nur von der Schuldenstandsquote ab, sondern auch von weiteren makroökonomischen Kennziffern wie dem Wirtschaftswachstum, der Arbeitslosenquote und der Inflation.

Berechnungen des IW Köln (Beznoska et al. 2024) zufolge bliebe die Schuldenstandsquote selbst bei einer Nettokreditaufnahme von jährlich 1,5 % des BIP stabil. Außerdem hängt die finanzpolitische Tragfähigkeit davon ab, wofür Schulden aufgenommen werden. Die aktuelle Schuldenregel begrenzt eine höhere Schuldenaufnahme unabhängig davon, ob damit zukunftsrelevante, wachstumsfördernde Investitionen getätigt werden können. Aus ökonomischer Sicht bleibt unklar, warum die Politik trotz des hohen Investitionsstaus den Fokus auf eine Reduktion der Schuldenquote legen sollte.

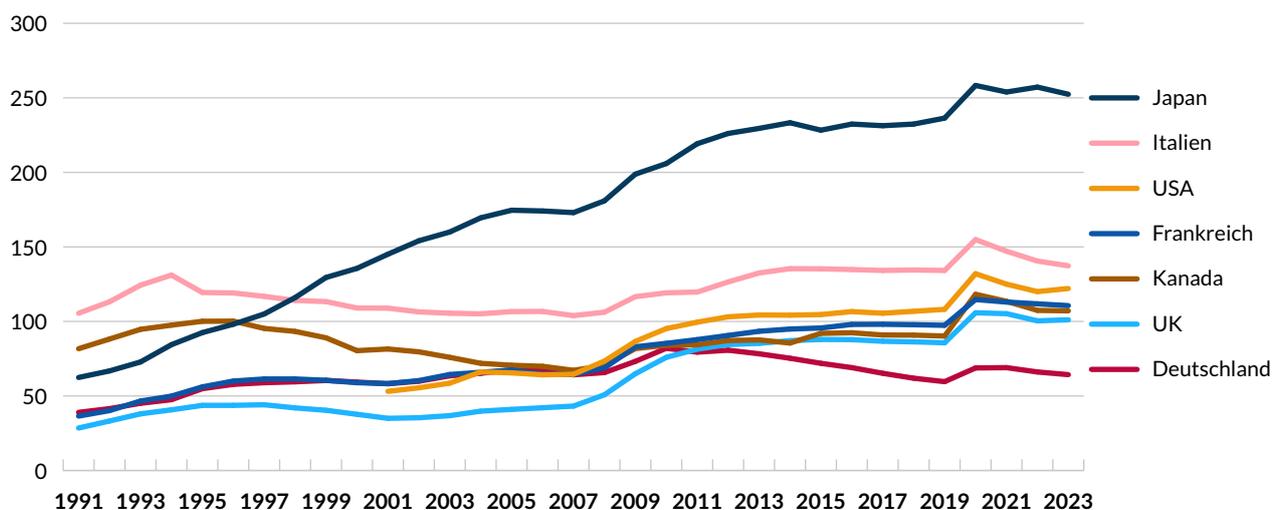
„Das zentrale Problem ist, dass sie keine Differenzierung zwischen ‚guten und schlechten Schulden‘ vornimmt, sie ist blind gegenüber der Frage, wofür Schulden aufgenommen werden.“ (Philippa Sigl-Glückner, Geschäftsführerin Dezernat Zukunft)

„Für die Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen ist der Zustand unserer Wirtschaft und Infrastruktur entscheidender, als eine moderat höhere oder niedrigere Schuldenquote“ (Carl Mühlbach, Gründer und Geschäftsführer FiscalFuture)

Lars Klingbeil (SPD-Vorsitzender) sagte dazu bei unserer Veranstaltung, dass ihm ein anderes Ziel wichtiger sei: „Ich möchte mir in 15 Jahren nicht auf die Schulter klopfen, dafür, dass wir die Schuldenbremse eingehalten haben, sondern dafür, dass wir in Schulen und Infrastruktur investiert haben.“

⁸ Auch unterlassene Investitionen können als „Schuld“ gegenüber zukünftigen Generationen verstanden werden. So wird in dem Buch „Baustellen der Nation: Was wir jetzt in Deutschland ändern müssen“ (2023) von Philip Banse und Ulf Buermeyer z. B. von „Infrastruktur-schulden“ gesprochen.

Abbildung 6 | Entwicklung der Staatsschuldenquoten in den Ländern der G7-Staaten zwischen 1991 und 2023 (Angaben in Prozent)



Quelle: Petersen et al. 2024, S. 39.

| BertelsmannStiftung

Auch um die Bonität Deutschlands zu sichern, müsse der Staat investieren und seine strukturellen Schwächen überwinden, erklärte Klingbeil weiter. Ohne eine Erhöhung der Investitionen, die die Wettbewerbsfähigkeit stärken, könne man eine AAA-Bonität langfristig nicht mehr halten. Der Druck auf das Rating würde zunehmen, sollte Deutschland die Ursachen der Wachstumsschwäche nicht angehen. Eiko Sievert, Direktor der Ratingagentur Scope, spricht sich für eine Reform der Schuldenbremse aus, die mehr wachstumsfördernde öffentliche Investitionen ermöglichen würde ([Handelsblatt](#)).

Immer mehr Wirtschaftswissenschaftler:innen sprechen sich für eine weitreichende Reform der Schuldenbremse aus, u. a. Monika Schnitzer (Vorsitzende des Sachverständigenrats für Wirtschaft), Moritz Schularick (Präsident des Kiel Instituts für Weltwirtschaft), Michael Hüther (Direktor des IW) und Jens Südekum (Professor für Volkswirtschaftslehre, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz). Viele

Ökonom:innen betonen, die Schuldenbremse stehe kreditfinanzierten Investitionen im Weg. Auch immer mehr internationale Stimmen, wie der [Internationale Währungsfonds](#) oder die [OECD](#), kritisieren die deutsche Schuldenbremse. In der Bevölkerung steigt die Zustimmung für eine Reform oder Abschaffung der Schuldenbremse ebenfalls.⁹

Das von CDU/CSU, SPD und Grünen verabschiedete Finanzpaket sieht mehrere Änderungen an der Schuldenbremse vor: Neben der Erhöhung der strukturellen Neuverschuldung für die Bundesländer auf 0,35 % des BIP – auf dasselbe Niveau wie der Bund – sowie einer Ausnahme für Verteidigungsausgaben, die 1 % des BIP überschreiten, ist im Laufe dieses Jahres die Erarbeitung einer grundsätzlichen Reform der Schuldenbremse geplant. Es ist vorgesehen, dass eine Expert:innenkommission einen Vorschlag für eine Modernisierung der Schuldenbremse entwickelt, die dauerhaft zusätzliche Investitionen ermöglicht.

⁹ Eine repräsentative forsa-Umfrage im Auftrag der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (2025) zeigt: 55 % der Wähler:innen in Deutschland sind dafür, die Schuldenbremse zu reformieren, um mehr Schulden für höhere Investitionsausgaben aufzunehmen, oder sie sogar ganz abzuschaffen. Zum Vergleich: Im Juli 2024 lag dieser Anteil bei 32 % und im November 2024 bei 44 %. Auch unter den CDU/CSU-Wähler:innen sind mittlerweile 55 % dafür, Schulden aufzunehmen, statt auf Investitionen zu verzichten.

Wie geht es jetzt weiter mit der Schuldenbremse?

In der Debatte um eine Reform der Schuldenbremse ging es selten darum, ob eine Begrenzung von Staatsverschuldung grundsätzlich richtig ist. Viel eher wurde und wird weiterhin die Frage diskutiert, wie Staatsverschuldung sinnvoller begrenzt und gleichzeitig gelenkt werden könnte. Mittlerweile wurden dazu zahlreiche Reformvorschläge erarbeitet. Umfassende Reformvorschläge, wie vom Dezernat Zukunft ([Schuster-Johnson et al. 2025](#)) oder der [Bundesbank](#), sehen eine Flexibilisierung der Defizitgrenzen bzw. eine Anpassung an die europäischen Fiskalregeln vor und eröffnen eine Diskussion darüber, welche öffentlichen Ausgaben in Zukunft schuldenfinanziert werden könnten bzw. sollten. Auch die bisherige Schuldenbremse entstand mit der Intention, sich an den europäischen Fiskalregeln zu orientieren. Allerdings wurden diese Regeln im Sommer 2024 geändert, was bisher noch nicht in die deutschen Fiskalregeln übersetzt wurde - auch nicht mit dem jüngst beschlossenen Finanzpaket. Laut Dezernat Zukunft ([Schuster-Johnson et al. 2025](#)) ergäbe sich für die kommende Legislaturperiode unter gewissen Voraussetzungen ein durchschnittliches, maximal zulässiges gesamtstaatliches Budgetdefizit von 1,8 % des BIP. Im Rahmen der weiterhin geplanten Modernisierung der Schuldenbremse können außerdem die besonders hohen öffentlichen Investitionsbedarfe bei den Kommunen sowie die Verankerung von Klimaschutz und Klimaanpassung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz berücksichtigt werden.

Auch die Schaffung neuer Sondervermögen hat sich als pragmatische Option erwiesen, um den finanziellen Spielraum kurzfristig zu erweitern. Sondervermögen können vergleichsweise schnell beschlossen und umgesetzt werden, und die Zweckgebundenheit der zu finanzierenden Ausgaben schafft zusätzliche Ver-

bindlichkeit. Das gilt auch für das nun geschaffene Sondervermögen für Investitionen in die Infrastruktur und den Klimaschutz in Höhe von 500 Mrd. Euro über die nächsten 12 Jahre. Es orientiert sich dabei an den oben genannten ermittelten öffentlichen Investitionsbedarfen. Das Sondervermögen schafft Investitionssicherheit, wird auch außerhalb von Deutschland als wichtiges Zeichen gesehen und setzt ökonomisch wichtige Impulse. Erste Analysen kommen zu dem Ergebnis, dass sich die neuen finanziellen Spielräume ökonomisch auszahlen werden: Das Sondervermögen stützt das AAA-Rating Deutschlands und steigert die Wachstumsprognosen ([S&P](#)).

Um auch dauerhaft die nötigen Investitionen tätigen, verbliebene Finanzierungslücken schließen und die Handlungsfähigkeit künftiger Regierungen sicherstellen zu können, bleibt eine grundsätzliche Reform der Schuldenbremse weiterhin notwendig. Eine repräsentative [Umfrage von YouGov](#) im Auftrag von FiscalFuture zeigt, dass Änderungen bei der Schuldenbremse trotz des Sondervermögens gewünscht sind: Der Aussage, dass die Schuldenbremse reformiert oder abgeschafft werden soll, um Investitionen ohne Sondervermögen zu ermöglichen, stimmten 56 % der Befragten zu, nur 27 % waren dagegen. Dauerhaft auf Sondervermögen zu setzen, ist keine nachhaltige Lösung.

Die sogenannte „Goldene Regel“ ermöglicht beispielsweise die Aufnahme von Schulden in Höhe der Brutto- oder Nettoinvestitionen. Investitionen werden aus der Begrenzung der Staatsschulden herausgerechnet. Doch einige Zukunftsinvestitionen, wie Bildungsausgaben (z. B. Lehrer:innengehälter), gelten haushaltsrechtlich nicht als Investitionen, obwohl sie einen klaren Zukunftscharakter haben und potenziell auch eine höhere Rendite als viele klassische In-



Julia Jirmann (Netzwerk Steuergerechtigkeit), Markus Kasseckert (Bund der Steuerzahler e. V.) und Marina Guldemann (FiscalFuture) als Moderatorin auf dem Panel



Ehrenamtlich Aktive von FiscalFuture bei der Anmeldung

vestitionen (Beznoska, Kauder und Obst 2021). Aus ökonomischer Sicht wäre eine Schuldenfinanzierung derartiger Zukunftsausgaben legitim. Bei einer Rückkehr zur Goldenen Regel müsste definiert werden, für welche staatlichen Ausgaben eine Finanzierung über Schulden erlaubt wäre. Es gibt jedoch keine objektiv richtige Abgrenzung, viel eher bleibt dies eine politische Entscheidung. In ihrer Studie „Deutsche Schuldenbremse auf dem Prüfstand“ (2024) beschäftigen sich auch Thieß Petersen, Marcus Wortmann und Yola Brauer von der Bertelsmann Stiftung mit der Frage nach dem richtigen Maßstab für die Aufnahme von Schulden durch den Staat.

Helge Braun (CDU, MdB, Vorsitzender des Haushaltsausschusses) wies auf eine weitere Herausforderung in diesem Zusammenhang hin. Kreditfinanzierte Investitionen, „die sich rechnen“, d. h., „die Einnahmen generieren“, seien unproblematisch. Dazu gehörten auch Investitionen, die „einen langfristigen Wert kreieren“, „die Lebensgrundlagen erhalten“ und die „die ökonomische Umgebung stärken“. Doch nicht alle öffentlichen Ausgaben, die es braucht, um die ermittelten Investitionsbedarfe zu decken und die Transformation zu finanzieren, generieren in der Zukunft entsprechende Einnahmen. Klimaschutz oder auch Instandsetzung von Infrastruktur sind ökonomisch sinnvoll, auch wenn dadurch nicht immer direkt höhere Einnahmen generiert werden. Denn ohne diese Investitionen entstehen langfristig deutlich höhere Kosten. Der menschengemachte Klimawandel bringt gewaltige Kosten mit sich. Die Flut im Ahrtal im Juli 2021 führte zu ökonomischen Schäden in Höhe von rund

40,5 Mrd. Euro (BMWK). Der Klimawandel machte die Flut wesentlich wahrscheinlicher und trug zudem zu erhöhtem Niederschlag bei (World Weather Attribution). Klimaschutz lohnt sich – gerade auch finanziell. Dasselbe gilt für die Instandsetzung von Infrastruktur. Investitionen in die Instandhaltung einer Brücke generieren zwar keine direkten Einnahmen oder Rendite. Eine Brücke, die nicht saniert wird, kostet jedoch ein Vielfaches dieser Investitionen, wenn sie zusammenbricht.

Alternativ zu einer Ausnahmeregelung für Investitionen könnten auch die Defizitgrenzen erhöht werden. Eine Nettokreditaufnahme in Höhe von bis zu 1,5 % des BIP würde mit dem Deficit Resilience Safeguard der europäischen Fiskalregeln einhergehen.¹⁰ Eine reine Erhöhung der Defizitgrenze wäre allerdings keine Garantie für zusätzliche Investitionen. Die Entscheidung, für welche Ausgaben der zusätzliche Spielraum genutzt wird, würde dem demokratischen Entscheidungsprozess überlassen.

Generell sind fixe Grenzen jedoch mit Vorsicht zu genießen: Es gibt kein messbares „richtiges“ numerisches Maß für Staatsverschuldung. Die Schulden Tragfähigkeit bzw. unbedenkliche Schulden- oder Defizitquote ändert sich in Abhängigkeit von ökonomischen Fundamentaldaten wie der Wirtschaftsleistung, dem Steueraufkommen und dem Zinsniveau. Eine Festschreibung fixer Grenzen in das Grundgesetz geht mit einem hohen Risiko einher. Auch die aktuelle Grenze in Höhe von 0,35 % strukturellem Defizit für den Bund und die vorgeschlagene Lockerung

¹⁰ In seinem Jahresgutachten 2024/25 betont der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, dass die Defizitgrenze der Schuldenbremse von 0,35 % des BIP strikter als notwendig ist, um die Maastricht-Kriterien einzuhalten. Die Grenzen könnten erhöht bzw. flexibilisiert werden, ohne dabei die Schulden Tragfähigkeit zu gefährden.



Moderator Carl Mühlbach (FiscalFuture), Lars Klingbeil (SPD), Ricarda Lang (Bündnis 90/Die Grünen) und Ralph Brinkhaus (CDU) auf dem Panel



vorne im Bild: Fritz Putzhammer (Bertelsmann Stiftung)

für die Länder in gleicher Höhe sind nicht ökonomisch begründet, sondern das Zufallsprodukt politischer Verhandlungen. Alternativ könnte die Verfassung nur übergeordnete Leitlinien beinhalten und spezifischere Details einfachgesetzlich definieren. Einige Jugendorganisationen fordern sogar die komplette Abschaffung der Schuldenbremse. Eine ausführlichere Zusammenfassung verschiedener Reformvorschläge der Schuldenbremse mitsamt Stärken und Schwächen liefert dieser Debattenbeitrag.

Die Diskussion verschiedener Reformoptionen und der zugrunde liegenden Fragen zeigt, dass es keinen „perfekten“ Reformvorschlag gibt, der sämtliche Zielkonflikte auflöst. Stattdessen reagieren die einzelnen Vorschläge auf unterschiedliche Probleme der Schuldenbremse und weisen verschiedene Vor- und Nachteile auf. Außerdem ist eine Reform der Schuldenbremse keine Garantie dafür, dass der Investitionsstau behoben wird. Neben exogenen und externen Faktoren (z. B. Krieg, Inflation, Welthandel) gibt es eine Reihe nicht monetärer Investitionshemmnisse (z. B. Bürokratie, Fachkräftemangel, ökonomische Pfadabhängigkeiten), die zusätzlich zu einer Reform der Schuldenregel gelöst werden müssen. Helge Braun betonte, dass vor einer Reform der Schuldenbremse zuerst analysiert werden müsse, welche Staatsausgaben gekürzt werden könnten, und Ralph Brinkhaus (CDU, MdB, ehemaliger Fraktionsvorsitzender) forderte zunächst eine Staatsreform. Dazu gehören u. a. Bürokratieabbau, Digitalisierung, eine Verwaltungsreform sowie die Beschleunigung von Planungs-, Genehmigungs- und Bauverfahren.

Welchen Zweck erfüllen Schuldenregeln? Laut der ehemaligen Grünen-Vorsitzenden Ricarda Lang drücke die Schuldenbremse ein Misstrauen vor der Po-

litik aus, das man sich ins Grundgesetz geschrieben habe. Die anderen Diskutanten – Ralph Brinkhaus und Lars Klingbeil – schlossen sich dieser Einschätzung an. Auf dem Panel wurde diskutiert, inwiefern dieses Misstrauen berechtigt ist. Ralph Brinkhaus gab zu bedenken: „Wir alle zusammen haben nicht gezeigt, dass wir vernünftig mit Geld umgehen können.“ Damit rechtfertigte er die Notwendigkeit einer strengen Schuldenregel im Grundgesetz. Auch Johannes Steinger (CDU, MdB) lobte die Schuldenbremse als „Disziplinierungsinstrument für Politiker“.

„Die Schuldenbremse drückt ein Misstrauen gegenüber der Politik aus, das man sich ins Grundgesetz geschrieben hat.“ (Ricarda Lang, ehem. Parteivorsitzende Bündnis 90/Die Grünen)

Ist eine solche Disziplinierung der Politik im Sinne der Demokratie? Eine Studie der schwedischen Zentralbank von Gabriel, Klein und Pessoa (2023) untersucht Haushaltskürzungen und kommt zu dem Ergebnis, dass eine Reduktion der öffentlichen Ausgaben um 1 % zu einem Anstieg der Stimmenanteile extremer Parteien um 3 Prozentpunkte führt. Der Anstieg der Stimmenanteile extremer Parteien liegt sowohl an einem Rückgang der Wahlbeteiligung nicht extremer Wähler:innen als auch an einem Anstieg der absoluten Stimmen für extreme Parteien. Neben den ökonomischen Argumenten gilt also: Der Versuch, haushaltspolitische Herausforderungen durch Kürzungen zu lösen, schwächt unsere Demokratie. Neben den ökonomischen Auswirkungen von Sparpolitik sind auch die politischen und gesellschaftlichen Folgen ernst zu nehmen.

EXKURS Welche Rolle spielt die EU für die Transformation in Deutschland?

Es bleibt in der innerdeutschen Debatte oft unterbelichtet, dass die Transformation nicht nur in einem nationalen Rahmen stattfindet, sondern auch die europäische Ebene eine wichtige Rolle spielt. Die Finanz- und Haushaltspolitik liegt zwar in der Hoheit der Mitgliedstaaten, doch innerhalb der Währungsunion gelten Fiskalregeln, die von allen eingehalten werden müssen. Die europäischen Fiskalregeln wurden 2024 reformiert und folgen einer anderen Logik als die deutschen Schuldenregeln.¹¹

Hierbei geht es nicht nur um numerische Grenzwerte, sondern ebenfalls um Ausnahmetatbestände und länderspezifische Ausgabenpfade, welche mit der Kommission verhandelt werden bzw. die Compliance mit den Regeln. Das beschreiben Nils Redeker vom Jacques Delors Centre und Lucas Guttenberg von der Bertelsmann Stiftung in ihrer Studie „Luft nach oben: Wieso die EU-Fiskalregeln Spielraum für eine Reform der Schuldenbremse lassen“ (2024). Eine weitreichende Reform der Schuldenbremse kann im Einklang mit den europäischen Fiskalregeln stehen. Die aktuell größere Gefahr für Deutschland sei laut Guttenberg und Redeker eher sein Wachstumsproblem als die Überschuldung. Deshalb müsse eine Reform der Schuldenbremse mit einem „ambitionierten Reform- und Investitionspaket“ einhergehen.

„Europa braucht einen Investitionsschock. Wir befinden uns in einer beispiellosen Zeit, da wir gleichzeitig das bedrohte Erbe des Friedens bewahren und in unseren zukünftigen Wohlstand massiv investieren müssen. Alle Vor-

schläge müssen auf den Tisch, um diese europäische Gemeinschaftsaufgabe zu schaffen!“
(François Delattre, Französischer Botschafter in Berlin)

Tim Klüssendorf (SPD, MdB) betonte, dass nicht nur Deutschland, sondern auch Europa aufgrund niedriger Investitionen einen massiven Standortnachteil habe. Das bezeuge auch der Draghi-Bericht (2024) zur Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Binnenmarktes. Doch die neuen europäischen Fiskalregeln greifen an dieser Stelle zu kurz: Laut einer Studie von Sebastian Mang (New Economics Foundation) und Dominic Caddick (European Trade Union Confederation) können unter den Fiskalregeln nur drei Mitgliedstaaten die Investitionsbedarfe zur Einhaltung der europäischen Klimaziele decken. In den Diskussionen auf unserer Veranstaltung ging es daher ebenfalls um die Idee eines EU-Zukunftsfonds. Damit ist eine neue, gemeinsame EU-Fiskalkapazität für die massiven öffentlichen Investitionsbedarfe in der EU gemeint – nach dem Vorbild von „NextGenerationEU“, dem Programm, mit welchem die EU 2020 zum ersten Mal gemeinsame Schulden aufgenommen hat. Dominika Biegon vom Deutschen Gewerkschaftsbund stellte dazu einen Vorschlag des DGB (Koch et al. 2024) vor, der einen Zukunftsfonds in Höhe von 1 % des EU-BIP im Jahr vorsieht. Daniela Schwarzer, Vorständin der Bertelsmann Stiftung, stellte dabei klar:

¹¹ Im Gegenteil zur deutschen Schuldenbremse rechtfertigen wachstums- und potenzialsteigernde Investitionen und Reformen unter den neuen europäischen Fiskalregeln eine höhere Verschuldung sowie die Möglichkeit einer Verlängerung des Anpassungszeitraums für den Ausgabenpfad.



Daniela Schwarzer (Bertelsmann Stiftung)



Moderator Tung Doan (FiscalFuture), Nils Redeker (Jacques Delors Institut), Maximilian Reiter (Junge Liberale) und Daniela Schwarzer (Bertelsmann Stiftung) auf dem Panel vor Publikum

*„Der Rechtsruck bei der Europawahl hat gezeigt: Wir müssen Europa nach innen und außen verteidigen – ein Baustein dafür ist eine verbesserte gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik! Dabei sind die Vertiefung der Kapitalmarktunion und neue reguläre Eigenmittel zentral. Um die Mammutaufgabe der doppelten Transformation zu meistern, sollten wir allerdings auch die positive Erfahrung aus NextGenEU nutzen und der EU künftig die gemeinsame Kreditaufnahme ermöglichen.“
(Daniela Schwarzer, Vorstandin der Bertelsmann Stiftung)*

Fazit: Junge Menschen als Schlüssel für eine zukunftsfähige Finanzpolitik

Die Veranstaltungsreihe zeigt: Spezifische Angebote zur Wirtschafts- und Finanzpolitik für junge Menschen finden großen Anklang. Viele junge Menschen haben nicht nur ein starkes Interesse an wirtschafts- und finanzpolitischen Themen, sondern können auch wertvolle Perspektiven und Ideen einbringen. Sie wollen aktiv an der finanzpolitischen Debatte teilnehmen und mit ihren Interessen, Fragen und Vorschlägen von der Politik ernst genommen werden. Junge Menschen verstehen den Zielkonflikt zwischen Investitionen und Schuldenregeln. Sie wünschen sich eine aktive Finanzpolitik, die eine sichere Zukunft ermöglicht. Wenn junge Menschen in die Lage versetzt werden, sich eine informierte Meinung zu bilden, werden sie resilient gegenüber Desinformation und demokratiefeindlichen Einstellungen. Die Veranstaltungsreihe gilt daher auch als Anstoß und Einladung, weitere Angebote in dieser Form zu schaffen und den gemeinsamen Austausch zwischen den Generationen zu verstetigen.

Die verhältnismäßig niedrigen Investitionen der letzten Jahre haben maßgeblich dazu beigetragen, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Industrienationen hinterherhinkt – sei es bei der Wettbewerbsfähigkeit, beim Ausbau der Infrastruktur oder bei der Digitalisierung. Dass es jetzt eine deutliche Ausweitung öffentlicher und privater Investitionen braucht, ist wissenschaftlicher Konsens. Darauf nicht zu reagieren und die nötigen Investitionen stattdessen weiter zu verschleppen, würde vor allem zukünftige Generationen belasten.

Eine Schuldenfinanzierung dieser Investitionen ist aus ökonomischer Sicht legitim und im Sinne der Generationengerechtigkeit. Die Finanzierungsfrage wird auch für die neue Bundesregierung eine zentrale Herausforderung darstellen. Das Finanzpaket von CDU/CSU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen markiert eine 180-Grad-Drehung in der deutschen Finanzpolitik und gilt als Zeichen auch an europäische Partner und darüber hinaus. Teil der Vereinbarung ist auch der Einsatz einer Expert:innenkommission für die Modernisierung der Schuldenbremse. Eine grundsätzliche Reform bleibt weiterhin notwendig. Denn eine ausreichende und gerechte Finanzierung der Transformation ist für den Erhalt und die Stärkung unserer Demokratie zentral.

Literatur

- Beznoska, M., B. Kauder und T. Obst (2021). „Investitionen, Humankapital und Wachstumswirkungen öffentlicher Ausgaben“. IW-Policy Paper 2/21. Köln. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2021/IW-Policy-Paper_2021-Investitionsbegriff_01.pdf (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).
- Beznoska, M., T. Hentze, M. Hüther und B. Kauder (2024). „Schuldenbremse 2.0 – Konzepte für tragfähige Fiskalregeln“. IW-Policy Paper 4/2024. Köln. https://www.iwkoeln.de/fileadmin/user_upload/Studien/policy_papers/PDF/2024/IW-Policy-Paper_2024-Schuldenbremse-2.0.pdf (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).
- BMWK (Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz) (2024). „Draghi-Bericht zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU“. 10 Schlaglichter der Wirtschaftspolitik Oktober 2024 – Monatsbericht. 8–12. https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Infografiken/Schlaglichter-der-Wirtschaftspolitik/2024/10/04-download.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).
- Bürger, T., T. M. Romeira, S. Zillinger und I. Andrade (2024). „Wirtschaftspolitische Interessen junger Menschen in Deutschland“. Fact Sheet. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh. [Junge Menschen wollen die Wirtschaft besser verstehen](https://www.bertelsmann-stiftung.de/SharedDocs/FactSheet/DE/2024/03/wirtschaftspolitische-interessen-junger-menschen-in-deutschland.html) (zuletzt abgerufen am 14.03.2025).
- Clemens, M., M. Goerge und C. Michelsen (2019). „Öffentliche Investitionen sind wichtige Voraussetzung für privatwirtschaftliche Aktivität“. DIW Wochenbericht 31/2019. 537–543. https://www.diw.de/de/diw_01.c.670896.de/publikationen/wochenberichte/2019_31_3/oeffentliche_investitionen_sind_wichtige_voraussetzung_fuer_privatwirtschaftliche_aktivitaet.html (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).
- Dany-Knedlik, G., A. Kriwoluzky und M. Rieth (2025). „Öffentliche Investitionen sind notwendig, selbsttragend und kurbeln die Wirtschaft an“. DIW aktuell, 107: Sonderausgaben zur Bundestagswahl 2025. https://www.diw.de/de/diw_01.c.936595.de/publikationen/diw_aktuell/2025_0107/oeffentliche_investitionen_sind_notwendig_selbsttragend_und_kurbeln_die_wirtschaft_an.html (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).
- Dullien, S., S. Gerards Iglesias, M. Hüther und K. Rietzler (2024). Herausforderungen für die Schuldenbremse – Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation IMK Policy Brief Nr. 168, Düsseldorf. [Herausforderungen für die Schuldenbremse – Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung \(IMK\) in der Hans-Böckler-Stiftung](https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008801) (zuletzt abgerufen am 14.03.2025).
- Dullien, S., und K. Rietzler (2024). „Die Mär vom ungebremst wachsenden deutschen Sozialstaat“. IMK Kommentar Nr. 11, Februar 2024. Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.). Düsseldorf. https://www.imk-boeckler.de/de/faust-detail.htm?sync_id=HBS-008801 (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).
- forsa (2025). Meinungen zur Notwendigkeit staatlicher Investitionen und deren Finanzierung – Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsbefragung



Tim Klüssendorf (SPD)



Klaus Günter Deutsch (BDI)



Philippa-Sigl Glöckner (Dezernat Zukunft)



Katharina Beck (Bündnis 90/Die Grünen)

für die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). Berlin. https://dgap.org/sites/default/files/DGAP-Forsa%20Umfrage%20Schuldenbremse_44427_f25.0010_Staatliche%20Investitionen_text_.pdf (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Gabriel, R. D., M. Klein und A. S. Pessoa (2023). „The Political Costs of Austerity“. *The Review of Economics and Statistics* 2023, 1–45. https://direct.mit.edu/rest/article-abstract/doi/10.1162/rest_a_01373/117705/The-Political-Costs-of-Austerity?redirectedFrom=fulltext (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Guttenberg, L., und N. Redeker (2024). „Luft nach oben: Wieso die EU-Fiskalregeln Spielraum für eine Reform der Schuldenbremse lassen“. Policy Brief. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/luft-nach-oben-wieso-die-eu-fiskalregeln-spielraum-fuer-eine-reform-der-schuldenbremse-lassen> (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Koch, C., und D. Biegoń, F. Fleckenstein, L. Krüger, J. P. Rohde, L. Korinek, L. Bertram, C. Mühlbach, K. Wiese, F. Schuster, L. M. Resende Carvalho (2024). Ein EU-Zukunftsfonds. Warum und wie? – Hintergrundpapier des »Netzwerks Progressive EU-Fiskalpolitik«. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.). Bonn. <https://library.fes.de/pdf-files/international/21274.pdf> (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Mang, S., und D. Caddick (2024). „Navigating Constraints for Progress: Examining the Impact of EU Fiscal Rules on Social and Green Investments“.

New Economics Foundation / Syndicat European Trade Union. <https://www.etuc.org/sites/default/files/publication/file/2024-04/Publication%20-%20Fiscal%20Rules%20Report.pdf> (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Mühlenweg, L., und M. Krahé (2023). „Strenge Fiskalregeln reduzieren öffentliche Investitionen“. Dezernat Zukunft – Institut für Makrofinanzen. <https://dezernatzukunft.org/strenge-fiskalregeln-reduzieren-offentliche-investitionen/> (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Petersen, T., M. Wortmann, S. Holzmann, F. Putzhammer und O. Meyer zu Schwabedissen (2024). „Staatsfinanzen im Fokus – Wie Megatrends, Kriege und Krisen den Fiskus herausfordern“. Megatrend-Report #6. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/megatrend-report-6-staatsfinanzen-im-fokus> (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Petersen, T., M. Wortmann und Y. Brauer (2024). Deutsche Schuldenbremse auf dem Prüfstand. Bertelsmann Stiftung (Hrsg.). Gütersloh. <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/deutsche-schuldenbremse-auf-dem-pruefstand> (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Raffer, C., und H. Scheller (2024). KfW-Kommunalpanel 2024. KfW Bankengruppe (Hrsg.). Frankfurt am Main. <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2024.pdf> (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (2024). Versäumnisse angehen, entschlossen modernisieren – Jahresgutachten 2024/25. Wiesbaden. https://www.sachverstaendigenrat-wirtschaft.de/fileadmin/dateiablage/gutachten/jg202425/JG202425_Gesamtausgabe.pdf (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Schnetzer, S., K. Hampel und K. Hurrelmann (2024). Trendstudie: Jugend in Deutschland. Verantwortung für die Zukunft? Ja, aber. <https://www.simon-schnetzer.com/jugendstudien/jugend-in-deutschland-2024> (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Schuster, F., F. Heilmann, M. Krahe, P. Sigl-Glöckner und J. Steitz (2024). Wie wir die Modernisierung Deutschlands finanzieren – Finanzierungsoptionen im Rahmen der Schuldenbremse. Dezernat Zukunft – Institut für Makrofinanzen. Berlin. <https://dezernatzukunft.org/wp-content/uploads/2024/09/Schuster-et-al.-2024-Wie-wir-die-Modernisierung-Deutschlands-finanzieren-4.pdf> (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Schuster-Johnson, F., F. Heilmann, M. Krahe, P. Sigl-Glöckner und J. Steitz (2024). Eine ökonomisch sinnvolle Schuldenregel – Reformvorschlag für die Schuldenbremse. Dezernat Zukunft – Institut für Makrofinanzen. Berlin. https://dezernatzukunft.org/wp-content/uploads/2025/02/Schuster-Johnson-et-al.-2025-Eine-oekonomisch-sinnvolle-Schuldenregel_v2.pdf (zuletzt abgerufen am 13.03.2025).

Adresse | Kontakt

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh
Telefon +49 5241 81-0
www.bertelsmann-stiftung.de

Bertelsmann Stiftung
Werderscher Markt 6
10117 Berlin

Fritz Putzhammer
Project Manager
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft
Telefon +49 30 275788-162
fritz.putzhammer@bertelsmann-stiftung.de